

Ich schließe diesen Tagesordnungspunkt und rufe auf den **Tagesordnungspunkt 5**

**Drittes Gesetz zur Änderung
des Thüringer Feier- und Ge-
denktagsgesetzes (Gesetz
über die Einführung des Welt-
kindertages als gesetzlichen
Feiertag)**

Gesetzentwurf der Fraktionen
DIE LINKE, der SPD und BÜND-
NIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 6/6163 -

ERSTE BERATUNG

Wird aus den Reihen der Antragsteller das Wort zur Begründung gewünscht? Für die Fraktion Die Linke hat Abgeordneter Dittes das Wort.

Abgeordneter Dittes, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordneten und insbesondere natürlich die Gäste dieser Beratung – liebe Jugendliche! Das ist ein besonderer Gesetzentwurf, den die Fraktionen der SPD, von Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke hier eingereicht haben. Er ist ein wichtiger Gesetzentwurf, nämlich der zur Einführung eines zusätzlichen Feiertags in Thüringen. Es ist nicht ir-

(Abg. Dittes)

gendein Feiertag, den die Koalitionsfraktionen hier einführen möchten, es ist der Weltkindertag, der künftig in Thüringen begangen werden soll.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben in den letzten Tagen bereits im Vorfeld dieser ersten Beratung eine sehr emotionalisierte Diskussion in der Öffentlichkeit erlebt. Ich erinnere nur an den Pressespiegel von Dienstag, ich erinnere daran, dass allein die CDU-Fraktion zwei – ich muss zugeben – durchaus widersprüchliche Pressemitteilungen zum Gesetzentwurf abgegeben hat. Ich erinnere aber auch daran, dass sich zahlreiche Vereine und Verbände geäußert haben, Medien haben Umfragen in der Öffentlichkeit gestartet. Ich will aber auch daran erinnern, dass es viele übliche Reflexe auf diesen Gesetzentwurf in der Öffentlichkeit gegeben hat, auch in der Kommentierung, und die gingen in die Richtung, welche wirtschaftlichen Folgen denn aus einem solchen zusätzlichen Feiertag erwachsen. Es wurde darüber diskutiert, welcher Tag denn nun geeignet sei, als zusätzlicher Feiertag in Thüringen etabliert zu werden. Und es wurde auch kommentiert, es würde sich hierbei um ein Wahlgeschenk handeln.

Ich glaube, dass diese drei Aspekte wichtig sind zu diskutieren, das werden wir in der Aussprache durchaus tun. Aber ich will deutlich sagen, dass genau hinter diesen drei Aspekten der eigentlich grundlegende Ansatz dieses Gesetzentwurfs aus der öffentlichen Diskussion herausgefallen ist, nämlich: Was ist das Motiv, was ist die Begründung für einen Feiertag zum Weltkindertag? Auf den will ich in der Begründung kurz eingehen.

Das Jahr 2019, das Jahr, in dem der Weltkindertag das erste Mal gesetzlicher Feiertag in Thüringen sein soll, ist das Jahr 30 Jahre nach dem Inkrafttreten des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes. Ich will Sie daran erinnern, dass diese Konvention noch nicht in allen Ländern tatsächliche Umsetzung gefunden hat und in die geltende Rechtslage eingeflossen ist, so auch in der Bundesrepublik Deutschland. Noch immer sind die Kinderrechte nicht verfassungsrechtlich als Grundrechte verankert. Nicht zu Unrecht weist das Kinderhilfswerk in der Pressemitteilung vom gestrigen Tag genau darauf hin, dass auch in Deutschland, in unserem Land, eine anhaltende Ausblendung und Verdrängung von Kinderinteressen zu konstatieren ist. Das genau nimmt dieser Gesetzentwurf mit dem Feiertag in den Fokus: Wir wollen über unsere gesellschaftliche Verantwortung diskutieren, wir wollen das jedes Jahr mit der Öffentlichkeit, mit der Bevölkerung tun, wir wollen die Bekämpfung von Kinderarmut in den Fokus rücken. Wir wollen natürlich auch die Aufmerksamkeit auf die sozialen Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen richten. Wir wollen aber auch natürlich denjenigen unseren Respekt zollen und sie auch würdigen, die mit Kindern und Jugendlichen alltäglich arbeiten und sich dafür einsetzen, dass Kinder als eigenständige Persönlichkeiten mit ihren eigenen Bedürfnissen, mit ihren eigenen politischen und sozialen Rechten in dieser Gesellschaft wahrgenommen werden.

Ich möchte all denen tatsächlich im Jahr 2018 – also 29 Jahre nach dem Inkrafttreten der UN-Kinderrechtskonvention – einen Blick in diese Kinderrechtskonvention anraten, wenn sie sehr leichtfertig über wirtschaftliche Folgen oder über Wahlkampfgeschenke hier diskutieren, denn es gibt dort den Artikel 3 Abs. 1, der für diesen Gesetzgeber hier auch handlungsleitend ist. Dort heißt es unter der Überschrift „Wohl des Kindes“: „Bei allen Maßnahmen [...] ist das Wohl des Kindes ein

(Abg. Dittes)

Gesichtspunkt, der vorrangig zu berücksichtigen ist.“ Ich wünsche mir, dass wir, wenn wir über diesen Feiertag reden, das auch im Blick behalten und vorrangig das Wohl von Kindern und Jugendlichen in dieser Gesellschaft im Mittelpunkt unserer Diskussion haben werden und nicht vorrangig die Interessen von Unternehmen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will aber auch in der Begründung noch kurz darauf eingehen, dass ich diesen Feiertag für verhältnismäßig halte. Wir werden das in der Debatte noch intensiver ausführen. Thüringen hat derzeit zehn Feiertage. Wir befinden uns bei den Bundesländern bei einer Anzahl von neun bis vierzehn Feiertagen. Das hat ganz erhebliche Auswirkungen, auf der einen Seite für die Reproduktionsfähigkeit von Werkträgern und Beschäftigten, auf der anderen Seite natürlich auch auf die gesundheitlichen Folgen von Aspekten, die mit der zunehmenden Veränderung der Arbeitsbedingungen, zunehmender Flexibilität, zunehmender Arbeitsverdichtung und einer zunehmenden Vermischung von Arbeit und Freizeit einhergehen und die ganz erhebliche Auswirkungen auf die Erziehungsarbeit und auf die sozialen Verhältnisse haben werden.

Vizepräsidentin Marx:

Kommen Sie bitte zum Schluss. Die Redezeit ...

Abgeordneter Dittes, DIE LINKE:

All das thematisiert der Gesetzentwurf, greift es auf, bietet uns Gelegenheit, jedes Jahr ganz intensiv im Zusammenhang mit dem Feiertag über diese Rechte und über diese Wertschätzung, über diese Anerkennung zu diskutieren. Wir schaffen mit dem Feiertag aber in erster Linie auch erst einmal eins: Wir schaffen mehr Zeit für Kinder und wir schaffen mehr Zeit mit Kindern. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marx:

Ich eröffne die Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt und erteile als erstem Redner Abgeordneten Adams von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Abgeordneter Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Gäste hier im Thüringer Landtag. Der Weltkindertag, den es seit 1954 gibt, wird in 145 Staaten gefeiert. In Deutschland gab es in diesem Jahr zwei große Kinderfeste mit über 100.000 Kindern und Besucherinnen und Besuchern. Das war in Berlin und in Köln. In Erfurt wird seit zehn Jahren dieser Weltkindertag gefeiert mit zum Teil Tausenden Besuchern. Das gleiche gilt für Eisenach. Seit über zehn Jahren wird dort der Weltkindertag gefeiert, auch in Jena und in Gera. Tausende Menschen, nämlich Kinder dieses Freistaats, feiern seit vielen Jahren den 20. September als den Weltkindertag.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Abg. Adams)

Was wir heute hier machen mit dem Gesetzentwurf, ist nichts anderes, als diese Kinder, die diesen Tag lange schon begehen, in den Mittelpunkt der Gesellschaft zu rücken. An einem Tag sollen die Menschen sich darauf besinnen, wie viel wir von unseren Kindern erwarten, wie viel uns Kinder geben und wie viel uns Kinder Wert sein müssen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Thüringer Feiertagsgesetz sieht bisher schon vor – die Aufzählung kennen Sie –: den Neujahrstag, den Karfreitag, den Ostersonntag, den 1. Mai, Christi Himmelfahrt, Pfingstsonntag, den 20. September, wenn er denn so beschlossen wird, den 3. Oktober, den Reformationstag, den ersten Weihnachtsfeiertag und den zweiten Weihnachtsfeiertag. Einer kommt dazu – bitte?

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Und Fronleichnam im Eichsfeld!)

Vielen Dank. Und Fronleichnam im Eichsfeld mit diesen wunderbaren Prozessionen, an denen man teilnehmen sollte, das mindestens einmal als Thüringerin, auch wenn man aus der Rhön oder aus Ostthüringen kommt, einmal erlebt haben sollte.

Aber was mir wichtig war, ist, auf den Feiertag Christi Himmelfahrt hinzuweisen. Wir alle wissen, Christi Himmelfahrt, was da gefeiert wird. Das ist auch der Männertag oder Vatertag. Wir alle feiern den zweiten Sonntag im Mai, in dem wir alle Mütter besonders in den Blickpunkt nehmen.

Die logische Konsequenz ist doch nur diese, uns darauf zu besinnen, dass zu einer Vater- und Mutterschaft natürlich auch Kinder gehören. Diese Kinder setzen wir mit in den Reigen der Tage, an denen wir uns ganz besonders darauf konzentrieren, wo wir sagen, schaut genau auf unsere nachfolgende Generation und macht euch klar, was wir gemeinsam, zusammen auf den Weg bringen wollen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist wichtig, sich klar zu machen, dass Kinder nicht zuerst Hüpfburgen, Seifenblasen und Kinderschminken haben wollen, sondern Kinder wollen ihre Eltern haben und Zeit mit den Eltern. Das ist das Wichtigste. Diese Zeit mit den Eltern will Rot-Rot-Grün den Kindern geben.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Schulze, CDU: Einmal im Jahr!)

Das ist das Ziel dieses Gesetzentwurfs. Ich freue mich darauf, diesen intensiv mit allen zusammen diskutieren zu können.

Wir haben auch – so wie Kollege Dittes es schon dargestellt hat – die Diskussion mit der Wirtschaft gesucht. Wir haben in der Debatte lernen dürfen und lernen können, dass sie gar nicht die Frage, wie viele Feiertage wir haben, sondern wo der Feiertag liegt, darüber entscheidet, wie viele freie Tage und wie viele Arbeitstage es in einem Jahr gibt. Die Anordnung im Kalender, die immer wieder durchläuft, damit immer wieder unterschiedlich ist, ist dafür viel entscheidender als die Frage, wann ein Tag gesetzt ist, wenn es nicht immer auf jeden Fall ein Werktag ist. Dieser Feiertag wird eben der 20. September sein, der mal ein Samstag ist, mal ein Sonntag und damit die Wirtschaft nicht über die Gebühr belasten wird. Außerdem – da will ich mich auch anschließen – wird es – und da bin ich mir ziemlich sicher – für jede Inhaberin, jede Geschäftsführerin, jeden, der

(Abg. Adams)

einen Handwerksbetrieb leitet, ein guter Tag sein, wo man Zeit hat, mit Kindern, mit Enkeln oder in der Familie Zeit zu verbringen, um sich darauf zu konzentrieren, wie wichtig es ist, dass wir generationsübergreifend denken, nicht nur in der Politik hier im Landtag, sondern generationsübergreifend auch unsere Familien leben. So wollen wir es für den 20. September möglich machen und den Weltkindertag zu einem Feiertag machen. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marx:

Vielen Dank. Als nächster Redner erhält Abgeordneter Fiedler von der CDU-Fraktion das Wort.

Abgeordneter Fiedler, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben in der Begründung gehört, warum wir unbedingt noch einen Feiertag brauchen. Meine Damen und Herren, die Worte hörte ich wohl, aber mir fehlt der Glaube. Also, es ist ja wohl wirklich in einigem – eigentlich ist es ein Witz, dass jetzt ein Jahr vor der Wahl jemandem von Rot-Rot-Grün einfällt,

(Beifall CDU)

es muss noch ein Feiertag her.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Höre ich jetzt Neid raus, dass Ihr nicht drauf gekommen seid?)

Meine, meine Damen und Herren, es muss noch ein Feiertag her! Da kommen dann alle Begründungen, 30 Jahre UN und was weiß ich was alles, was da auf einmal herbeigezaubert wird, damit man irgendwo das Ganze umschreibt, umrahmt. Meine Damen und Herren, ich will Ihnen wirklich sagen, gerade noch die Idee einen arbeitsfreien Kindertag als Maßnahmen zur Familienförderung auszugeben, ist aus meiner Sicht pure Augenwischerei und ein Vorwahlgeschenk.

(Beifall CDU, AfD)

Vorwahlgeschenk, meine Damen und Herrn! Man kann sich ja über die ganzen Dinge noch weiter auseinandersetzen. Ich werde versuchen, noch paar Dinge beizutragen. Ich sage Ihnen aber gleich von vornherein: Meine Fraktion wird den Gesetzentwurf ablehnen.

Jetzt komme ich noch zu einigen Dingen. Ich erinnere mich noch dran, wenn man denn überhaupt über Feiertage redet, muss man unter anderem auch die Gedanken der Wirtschaft mit in den Blick nehmen. Das ist aus unserer Sicht viel zu wenig getan worden. Wenn man überhaupt über einen Weltkindertag nachdenkt, will ich mal zumindest die von mir aus gesehen links Sitzenden noch mal darauf hinweisen, also ich kenne – und ich bin mittlerweile auch ein alter Zausel – den Kindertag als 1. Juni und nichts anderes.

(Beifall CDU)

Und so ist es, wenn überhaupt, auch in der Gesellschaft weitestgehend noch verankert. Dass ich das den Linken sagen muss, ist natürlich ganz schön happig.

(Unruhe DIE LINKE)

(Abg. Fiedler)

Das ist schon ganz schön happig, dass ich das hier sagen muss.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Kommt jetzt ein Änderungsantrag von der CDU?)

(Beifall CDU)

Also wenschon, dennschon man von einer Verankerung spricht – die, die älter sind, wissen das –, da war der 1. Juni der Kindertag.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Nicht, dass Sie jetzt auch noch den 7. Oktober vorschlagen!)

Was hast du gesagt?

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: Aber sterben werden die Älteren!)

Ja, es mag ja sein das die Älteren sterben, aber Traditionen bleiben.

Und da komme ich auf das Nächste: Tradition. Wenn man überhaupt einen Feiertag wieder schaffen könnte, sollte, dürfte, müsste, dann ist das für mich der Buß- und Betttag.

(Beifall CDU)

Den haben wir, das Hohe Haus, abgeschafft. Das hatte damals ökonomische Hintergründe mit Versicherung, Rentenversicherung, Arbeitslosenversicherung etc. pp.

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Pflegeversicherung!)

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Pflegeversicherung, Herr Fiedler, die bundesweit alle haben!)

Die Einzigen, die es nicht gemacht haben, waren die Sachsen. Die werden zwar heute gescholten, aber jedenfalls haben die den Feiertag noch. Ich will darauf verweisen, wenn überhaupt ein Feiertag, dann sollten wir den Buß- und Betttag wieder einführen. Darauf lege ich Wert. Beten kann jeder, der kann und will.

(Beifall CDU)

Bei Ihnen drüben werden es nicht viele sein; außer Ramelow fallen mir da nicht viele ein. Doch, hier sitzt einer, der Vizepräsident im Rechnungshof werden will, der fällt mir noch ein, aber dann hört es schon fast auf.

(Heiterkeit DIE LINKE)

Von mir aus gesehen links, da sitzt Die Linke.

Deswegen, meine Damen und Herren

(Zwischenruf Abg. Korschewsky, DIE LINKE: Wir sind eine widersprüchliche Gesellschaft!)

– ja, ich will jetzt nicht in den tiefen Diskurs hineingehen –, mir geht es einfach darum, wer beten will, kann beten, das kann er jeden Tag machen, wie er denn meint, und kann auch jeder, ob Kathole, Evangele oder wer auch immer, machen, dagegen habe ich gar nichts.

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Sollte jeder machen!)

(Abg. Fiedler)

Mir geht es auch um Buße tun, meine Damen und Herren. Das schadet dem einen oder anderen nicht.

(Beifall CDU)

(Unruhe DIE LINKE)

Ich schließe mich dort mit ein. Vor allem den sogenannten Etablierten würde das gut zu Gesicht tun, wenn sie ab und zu mal in sich gehen und über einige Dinge nachdenken würden.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Genau!)

Und, meine Damen und Herren, ich will das alles weglassen, UN-Kinderrechtskonvention usw. Ihr erster Satz in Ihrem Antrag lautet: „Familienfreundlichkeit ist ein zentrales Element und zukunftsweisender Faktor in der Entwicklung des Freistaates Thüringen.“ Da stimme ich Ihnen zu. „Ob sich Familien in Thüringen wohlfühlen, ist abhängig von den vorzufindenden Lebensbedingungen und den gegebenen Voraussetzungen, die Familien Zeit füreinander ermöglichen.“

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, dort sollten wir anfangen. Nicht im Wahlgeschenk und im Feiertag. Wir sollten endlich alle mal anfangen, Familien zu entlasten, Familien zu helfen.

(Beifall CDU)

Das ist unsere Zukunft. Wer heute ein, zwei, drei oder mehr Kinder hat, hat es ganz schwer. Sie kriegen keine Unterkunft in Hotels, wenn sie irgendwo hinfahren müssen, kommen sie nicht voran und, und, und. Ich könnte viele Dinge aufzeigen. Wir müssen uns endlich mal und übergreifend für Familien einsetzen.

(Beifall CDU)

Oder wenn ich hier vor allen Dingen auch an Alleinerziehende denke, gerade auch Alleinerziehende, wie werden die zurückgelassen? Denen wird viel zu wenig geholfen. Darüber lohnt es sich zu reden

(Unruhe DIE LINKE)

(Beifall CDU)

und nicht mit Feiertagen irgendeine weiße Salbe drüberzuschmieren. Wir müssen den Menschen helfen, wir müssen den Eltern eine Entlastung geben, wir müssen ihnen die Möglichkeit geben, dass sie überhaupt mit ihren Kindern Zeit verbringen können.

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ja, dass Ihnen das alles nicht passt, weiß ich,

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nein, das habe ich gar nicht gesagt!)

aber deswegen sage ich es ja. Aber wir müssen endlich den Familien helfen. Wir müssen sie entlasten und müssen ihnen auch entsprechende Gelder geben.

(Abg. Fiedler)

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Genau das machen wir!)

Da will ich mich nicht mal streiten, habe ich gestern irgendwo gesagt – ich glaube, im Gemeinde- und Städtebund –, ich habe überhaupt nichts dagegen, wir könnten von Anfang an Kitas frei machen bis zum Ende vom Studium.

(Unruhe DIE LINKE)

Ja, das können wir machen, wir müssen nur finanziell sehen, wie wir es auf die Reihe bringen. Ich bin dafür, dass wir das machen, aber so locker Wahlgeschenke rauszuziehen, und das ganz schnell – die Drucksache ist vom 18.09.2018.

Meine Damen und Herren, glauben Sie denn, Sie können die Bürger von Thüringen – Entschuldigung! – veräppeln, damit ich nicht das böse Wort nehme, und die nehmen Ihnen das ab, dass Sie hier an die Familien denken. Die werden Ihnen das nicht abnehmen. Ich sage Ihnen jetzt schon voraus, dass das Ihren sinkenden Stern in den Umfragewerten auch nicht aufhalten wird.

(Unruhe DIE LINKE)

(Beifall AfD)

Es wird Ihnen nichts helfen. Man könnte ja meinen, Sie haben Angst und müssen jetzt noch ein paar Geschenke unter die Leute bringen.

(Zwischenruf Abg. Müller, DIE LINKE: Das haben Sie gemacht!)

Aber das wird Ihnen nichts helfen.

Das Fazit des Ganzen: Deswegen will ich da noch mal wirklich darauf hinweisen: Die Thüringer Wirtschaft hat zu Recht Bedenken angemeldet und auch die IHK Erfurt und andere haben das mit den Lieferketten und den ganzen Dingen noch mal gesagt. Und, meine Damen und Herren, wenn wir es ernst meinen mit den Kindern, unserer Zukunft, dann sollten wir übergreifend und endlich mal genau hinschauen. Und es ärgert mich maßlos – Entschuldigung –, es ärgert mich maßlos –

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Was?)

ich habe es mit drei Enkeln zu tun, meine Kinder sind groß, und ich habe noch eine Familie, die kommen noch gut über die Runden –, wie schwer es ist mit drei Kindern – es gibt welche, die haben noch mehr Kinder, vier, fünf usw.,

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Hier, ich!)

die sind abgehängt. – Ja du hast wahrscheinlich verschiedene irgendwo, aber das macht ja nichts.

(Heiterkeit im Hause)

Das war so zwischen Herrn Kuschel und mir.

Vizepräsidentin Marx:

Also, Herr Fiedler, Angriffe auf private Lebensformen könnten Sie bitte lassen.

Abgeordneter Fiedler, CDU:

Frau Präsidentin, das mag Ihre Meinung sein, aber ich habe meine.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Ich höre wieder Neid heraus!)

Trotz alledem, mir geht es wirklich darum – und dabei bleibe ich –: Sie müssen im täglichen Geschäft oder im täglichen Leben sich anschauen, wie schwer es Eltern, besonders Alleinerziehende mit ihren Kindern haben. Packen wir von mir aus, wenn wir es bezahlen können, da müssen wir Wege finden, freies Schulessen an.

(Beifall AfD)

Und ob jetzt die Grünen noch ihre grünen Körner mit reinbringen oder nicht: Wenn bezahlt wird und ein vernünftiges Essen angeboten wird, ist es gut. Wir sollten nicht solche Wahlgeschenke machen, sondern wir sollten den Familien helfen, damit sie Zeit mit ihren Kindern verbringen können. Wir sollten den Familien helfen, dass sie überhaupt ihre Kinder großziehen können, ohne dass sie zu viel Nachteile haben.

(Beifall CDU)

Sie haben sowieso schon genug Nachteile. Wer Kinder erzieht, ist am Ende durch den Staat gestraft, weil er nämlich das

(Unruhe DIE LINKE)

Geld nicht hat, um das alles ordentlich durchzuziehen.

(Zwischenruf Abg. Skibbe, DIE LINKE: Was ist denn das für eine Rede! Meine Herren!)

Meine Lanze ist: für die Kinder, für die Familien, aber nicht mit Wahlgeschenken.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Marx:

Als nächste Rednerin erhält Abgeordnete Pelke von der SPD-Fraktion das Wort.

Abgeordnete Pelke, SPD:

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, zunächst mal einen ganz emotionslosen Einstieg, bevor ich zu meinem sehr geschätzten Vorredner komme.

(Heiterkeit DIE LINKE)

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf wird der 20. September als Weltkindertag zu einem gesetzlichen Feiertag in Thüringen erklärt. Damit wird aus unserer Sicht, aus der Sicht von Rot-Rot-Grün, den sozialen Bedürfnissen von Kindern, den Eltern, den Einrichtungen, aber auch anderen gesellschaftlichen Akteuren Rechnung getragen und den Belangen und den Rechten von Kindern ein höherer Grad an Bedeutung und auszufüllendem Raum verliehen.

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Na ja!)

(Abg. Pelke)

Es ist zudem ein Schritt in der weiteren Umsetzung der Ziele und Zwecke der von Deutschland ratifizierten UN-Kinderrechtskonvention, dazu wurde schon einiges gesagt.

Noch mal in der Untersetzung, auch wenn Kollegen vorher schon darauf hingewiesen haben: Seinen Ursprung hat der Weltkindertag in der 9. Vollversammlung der Vereinten Nationen, die am 21. September 54 ihrer Mitgliedstaaten die Einrichtung eines weltweiten Kindertages empfohlen hat, das konkrete Datum allerdings den Staaten selbst überließ. Mit der Verabschiedung der Resolution 54 wählte die Bundesrepublik Deutschland den 20. September als Weltkindertag und Kollege Adams hat schon darauf verwiesen, in wie vielen Ländern dieser Weltkindertag auch gepflegt und gefeiert wird.

Die Bekämpfung von Kinderarmut, die Wahrung von Kinderrechten und der Gesundheitsschutz der Kinder sowie der Schutz der Kinder vor Elend, Leid und Zerstörung ihrer Lebensperspektive gehören weiterhin zu den nicht bewältigten grundlegenden gesellschaftlichen Aufgaben.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage an dieser Stelle aus gegebenem Anlass: Gerade ist auch die Katholische Kirche in dieser Sache an einem Aufarbeitungsprozess, den man sehr begrüßen kann. Ich frage wirklich: Gibt es einen besseren Grund zum Feiern und zur Besinnung, als weltweit allen Kindern und deren Familien durch die Einführung eines weiteren gesetzlichen Feiertags über den Alltag hinaus eine besondere Aufmerksamkeit zu widmen? Ich finde nicht. Das ist ein guter Anlass.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Adams hat schon darauf hingewiesen: Es geht nicht um irgendwelche Wahlgeschenke. Lieber Kollege Fiedler, zerbrechen Sie sich mal nicht unseren Kopf. Also ein Jahr vor den Wahlen brauchen wir keine Wahlgeschenke zu machen und wenn man Wahlgeschenke macht, worüber sich alle freuen, dann macht man etwas anderes, als einen solchen Tag, der gleich wieder bei der Wirtschaft zu Endzeitstimmungsrufen beiträgt.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Die Diskussion, muss ich mal sagen, finde ich auch ein bisschen bemerkenswert, dass es mehr um irgendwelche Zahlen und Ergebnisse geht, als um Kinder und deren Familien. Und wenn es um Zeit geht, lieber Kollege Fiedler, dann geht es um Zeit für Kinder, dann geht es um Zeit für Kinder mit ihren Eltern und umgekehrt und es geht auch darum, die kranken oder zu pflegenden Angehörigen mal an einem weiteren Tag mit einbeziehen zu können, zu besuchen, denn Zeit, lieber Kollege Fiedler, ist das, was Familien am meisten brauchen, was Kinder am meisten wertschätzen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der 1. Juni, Wolfgang, da hast du tatsächlich darauf hingewiesen, ist in der Erinnerung – wundert mich ja, dass du jetzt noch mal ganz speziell darauf hingewiesen hast, wir hätten ja dann in der Diskussion vielleicht mal miteinander reden können, ob es der 1. Juni oder der 20. September ist. Aber wir haben ja erklärt, warum wir speziell den 20. September wollen.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Ihr habt ja gar nicht gefragt, Ihr habt es einfach gemacht!)

(Unruhe DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Abg. Pelke)

Wenn sich jemand auf den 1. Juni bezieht, dann muss man natürlich auch wissen, dass es große Traditionen zum 1. Juni in den Kindergärten, in den Schulen, in den Vereinen, überall gibt, wo ohnehin gefeiert wird

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und dieses würden wir dann mit einer anderen Variante unterbinden. Das haben wir nicht gewollt, deshalb der 20. September als beweglicher Feiertag. Wenn du, lieber Wolfgang Fiedler, auf den Buß- und Betttag eingehst, dann muss man sagen: Ja, der Buß- und Betttag ist ein Tag, der immer an einem Werktag stattfindet, und demzufolge sind wir mit dem beweglichen Feiertag – darauf ist Herr Adams auch schon eingegangen – der Wirtschaft noch eher entgegengekommen, weil er eben auch mal an einem Samstag oder an einem Sonntag liegen kann. Im Übrigen hatten wir auch mal in die Überlegungen, in Gesprächen mit Gewerkschaften und mit der Wirtschaft mit einbezogen, dass man möglicherweise einen Feiertag nimmt, der dann ein längeres Wochenende als Grundlage hat, um damit beispielsweise auch der Gastronomie und dem Hotelgewerbe entgegenzukommen. Aber das ist eine Schwierigkeit, weil ein Feiertag ganz besonders definiert und genau untersetzt werden muss und ein festes Datum haben soll.

Im Übrigen fällt mir gerade ein, dass Hamburg ja auch einen weiteren Feiertag zusätzlich beschlossen hat, nämlich den Reformationstag. Ich kann mich nicht erinnern, dass in Hamburg die Wirtschaft von irgendeiner Endzeitstimmung geschrien hat und gesagt hat, jetzt geht die Welt in Hamburg unter, weil ein weiterer Feiertag eingeführt wurde.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Doch, doch, die haben aufgeschrien!)

Eine Bemerkung sei mir noch gestattet: Du hast den Buß- und Betttag noch mal mit der Frage des Betens und des Bußetuns untersetzt. Zu dem einen hast du alles gesagt, da kann ich mich anschließen, und zu der Frage, was das Buße tun angeht, da bräuchten wir dann vielleicht für manchen hier in diesem Haus zwei Tage.

(Beifall DIE LINKE)

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: So eine Äußerung steht hier keinem zu!)

Ja, ja, das steht einem schon ab und an mal zu – doch, doch.

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Das geht ein bisschen zu weit!)

(Unruhe DIE LINKE)

Die Vergleichsvarianten, die auch hier noch mal von Wolfgang Fiedler angesprochen wurden, dass dieser Feiertag letztendlich abgeschafft worden ist – wir haben ja schon darauf hingewiesen – wegen der Pflegeversicherung. Wir wissen auch, dass sich Sachsen anders entschieden hat, das steht auch jedem zu, das ist eine Selbstverständlichkeit. Sachsen hat sich anders entschieden in dieser Frage, hat dafür aber auch in Kauf genommen, für die Pflegeversicherung mehr zu bezahlen. Das muss man an dieser Stelle ehrlicherweise auch dazu sagen. Wenn man etwas zurückorganisieren will, wäre das dann noch mal eine völlig andere Diskussion.

(Abg. Pelke)

Wir wollen aber die Einführung dieses Feiertags, nämlich des 20. September. Das ist natürlich ein symbolträchtiger Tag, aber zugleich eben auch ein praktischer Beitrag, um das, was wir hier alle so oft sagen und was so oft zitiert wird, die Zielsetzung „Kinder sind unsere Zukunft“, mit der Einführung dieses Feiertags ganz konkret zu unterstreichen. Wir finden auch, dass Kinder und Familienfreundlichkeit ein wichtiger vielleicht sogar ein entscheidender Standortfaktor für die wirtschaftliche Entwicklung in Thüringen ist.

(Beifall SPD)

Mehr Zeit für Familie ist eine wichtige Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und damit eigentlich auch ein wesentlicher Aspekt für die Zukunftsfähigkeit der Thüringer Wirtschaft, insbesondere bezogen auf Fachkräftesicherung und die damit verbundenen Herausforderungen. Es wäre schön, wenn die Wirtschaft auch mal über solche Dinge nachdenken würde und die Diskussion um diesen weiteren Feiertag als eine Aufforderung erkennen würde, dass gerade die Arbeitgeber gemeinsam mit den Gewerkschaften Kinder- und Familienfreundlichkeit in Zukunft noch stärker berücksichtigen, sowohl tarifvertraglich als auch im Arbeitsalltag. Ich glaube, das würde allen gemeinsam helfen.

Das Gesetzesvorhaben ist für uns und aus unserer Sicht ein weiterer Baustein, um die Bedürfnisse von Familien in den Mittelpunkt zu rücken. Ich denke, neben dem novellierten Kindertagesstätten-gesetz, dem Jugendhilfeausführungsgesetz und auch dem jetzt verwiesenen Familienförderungsgesetz sind wir auf dem richtigen Weg. All das ist für uns auch wichtige und praktizierte Familienfreundlichkeit, die wir ganz praktisch in Thüringen umsetzen wollen.

Du hast ja noch mal gesagt, an wie vielen Punkt Familien noch weiter zu entlasten sind. Ja, natürlich. Wenn wir uns dann in einen guten Diskussionsprozess mit den Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion begeben können, was beispielsweise das Familienförderungsgesetz angeht, dann, glaube ich, können wir auch noch weiterhin sehr viel mehr für die Familien tun über diesen neuen Feiertag, den Weltkindertag, hinaus, der kein Wahlgeschenk ist, sondern der einfach ein Aspekt ist, dass wir wollen, dass Familie mehr Zeit hat. Wichtig in dieser heutigen schnelllebigen Zeit ist, Zeit füreinander zu haben und füreinander da zu sein. Herzlichen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marx:

Vielen Dank. Nächster Redner ist Abgeordneter Rudy von der Fraktion der AfD.

Abgeordneter Rudy, AfD:

(Zwischenruf Abg. Wolf, DIE LINKE: Er spricht wenigstens wie ein Kind!)

Sehr geehrte Frau Parlamentspräsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, liebe Zuhörer!

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Das hört die Präsidentin nicht!)

Bitte?

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Ich erkläre es ihr später!)

(Abg. Rudy)

Ach so. Wahrscheinlich hat sie es ja verstanden.

Kinder sind Zukunft. Wer Zukunft will, muss eine vernünftige Familienpolitik betreiben. Was uns die Koalitionsfraktionen aber hier vorlegen, hat nichts mit vernünftiger Familienpolitik zu tun, sondern eher mit Linkspopulismus und Wahlgeschenken. Darauf komme ich noch zurück.

(Beifall AfD)

Zuerst will ich den Gesetzentwurf der rot-rot-grünen Koalitionäre genauer beleuchten. Dann werde ich auf die Motivlage von Rot-Rot-Grün hindeuten und abschließend ist das Fazit aus all diesen Betrachtungen zu ziehen.

Schauen wir also den Gesetzentwurf an. Die rot-rot-grüne Koalition will den 20. September als Weltkindertag zum Thüringer Feiertag machen.

(Beifall DIE LINKE)

Dieser Feiertag ist für unsere Koalitionäre etwas ganz Besonderes, denn er erfüllt ganz viele Sehnsüchte von Rot-Rot-Grün. Ich zähle einmal auf, wofür der neue Feiertag laut Gesetzentwurf alles gut sein soll. Dieser Feiertag soll die sozialen Bedürfnisse von Kindern, Familien, aber auch von Partnerschaften in den Mittelpunkt stellen. Er soll die eigenen Bedürfnisse und Rechte von Kindern und natürlich den Respekt vor Kindern in die gesellschaftliche Aufmerksamkeit rücken. Er soll die Wertschätzung für Kinder, auch deren Rechte zum Ausdruck bringen, aber auch die Wertschätzung von Erziehungs- und Pflegearbeit von Familien, Angehörigen und Freunden. Er ist also nicht nur Kindertag, sondern auch Familien-, Angehörigen- und Freundetag.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja!)

Dieser Tag soll intensiv genutzt werden, er soll einen Rahmen schaffen für emotionale und zeitliche Ressourcen, natürlich auch für Regeneration, Erholung und gemeinsame Zeit.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: So ist es! Was hat man denn dagegen?)

Er soll, das ist auch ganz wichtig, an Artikel 54 der UN-Kinderrechtskonvention erinnern und dazu führen, dass Wege zu einer kinderfreundlichen Gesellschaft diskutiert werden.

(Heiterkeit AfD)

Natürlich soll der neue Feiertag auch mit dazu beitragen, mehr Beteiligungsmöglichkeit für die jüngste Generation zu schaffen.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, das ist doch ganz wichtig!)

Ja, das ist doch ganz super.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, super!)

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Zustimmung!)

Dann soll der Feiertag die Feiertagslücke schließen, die eine große Ungerechtigkeit darstellt, denn es gibt innerhalb des föderalen Systems Deutschland eine Ungleichverteilung von Feiertagen. Und eine Ungleichverteilung von Feiertagen darf nicht sein.

(Abg. Rudy)

(Beifall AfD)

Aber der Feiertag muss – auch das ist wichtig – ein weltlicher, säkularer Feiertag sein, denn ein weltlicher Feiertag kommt – so steht es ja in dem Antrag – „jenen Menschen entgegen, die keiner Religion angehören“. Wir wissen ja auch, dass die Feiertage mit religiösem Hintergrund diesen religionslosen Menschen offenbar nicht entgegenkommen. Außerdem soll der Feiertag den Kampf gegen das Kapital, das von den vielen Überstunden profitiert, die die Arbeitnehmer leisten – das Kapital oder die Wirtschaft, wie man schreibt, sollen jetzt erst mal bezahlen, damit sich die Menschen am 20. September ausruhen können.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das interpretieren Sie jetzt!)

Der neue Kindertag ist also vor allem ein Arbeitnehmertag, egal, ob die Arbeitnehmer Kinder haben oder nicht. Aber dieser Feiertag hilft auch der Do-it-yourself-Branche, also namentlich den Baumärkten.

(Heiterkeit AfD)

Das steht so da und es liegt auf der Hand: Wenn es den Kindertag als Feiertag danach endlich gibt, dann können Papa und Mama mal das Kinderzimmer renovieren.

(Heiterkeit DIE LINKE)

Aber wo bleibt dann die freie Zeit, die die Eltern mit ihren Kindern verbringen sollen,

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das gehört dazu!)

damit Sie über die UN-Kinderrechtskonvention diskutieren können.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Der Baumarkt hat am Feiertag geschlossen!)

Ja, das kann man vorher schon einkaufen und dann renovieren.

(Heiterkeit DIE LINKE)

Wir sehen, der rot-rot-grüne Gesetzentwurf enthält ein widersprüchliches Sammelsurium von überhöhten Erwartungen, die mit diesem Feiertag verbunden werden. Man hat den Eindruck, dass sich die Verfasser des Papiers beim Schreiben in einen Rausch schwadronieren mussten, um wenigstens sich selbst zu überzeugen.

(Beifall DIE LINKE)

Da muss man sich zum Beispiel davon überzeugen, dass das Datum genau das richtige ist, nämlich der 20. September, was natürlich Unfug ist, denn wie Herr Fiedler schon sagte, ist in Thüringen seit Jahr und Tag am 1. Juni Kindertag.

(Beifall AfD)

Und weil die Regierungskoalitionäre das eigentlich wissen, müssen sie einen Riesenaufwand betreiben, um zu zeigen, dass der 20. September irgendwie doch auch in Thüringen Kindertag ist. Dazu verweist man auf diverse Großveranstaltungen, die am 20. September etwa in Erfurt stattfinden. Also landet man am Ende bei der Eventkultur, die eine erfolgssichernde Teilnehmerzahl nach

(Abg. Rudy)

Tausenden bemisst. Also soll der Kindertag wohl auch zum Besuch von Großevents genutzt werden.

Und weil das auch nicht überzeugt, greift man schließlich nach dem metaphysischen Zauberhut. Die UNO ist es, die den neuen Feiertag nahelegt. Nun, für die Koalition muss die UNO ja immer mal wieder als Stimme von oben herhalten. Das ist der Metaphysikersatz dieser Koalition. Mit dem Verweis auf die UNO glaubt man, alle möglichen Projekte legitimieren zu können, das kennen wir auch schon von der Inklusionsdebatte. Aber das ist natürlich eine Irreführung des Publikums. Man kann die Kinderrechtskonvention begrüßen, aber man sollte auch darauf hinweisen, dass in dieser Konvention nicht steht, was in Deutschland nicht bereits Standard ist – im Gegenteil. Die von der Koalition so hoch gehängte Konvention erlaubt beispielsweise, dass Kinder ab 15 Jahren als Soldaten eingesetzt werden dürfen. Das mag für irgendwelche Länder der Dritten Welt fortschrittlich sein, für uns ist es das nicht.

(Beifall AfD)

Warum nun verliert die Koalition so viele Wörter über diesen Kindertag? Die Antwort ist einfach. Es geht weder um Kinder, noch um Familien und noch nicht einmal um die UNO, sondern um die Landtagswahl 2019, auch das hat Herr Fiedler schon erwähnt und da hat er vollkommen recht.

(Beifall CDU, AfD)

Der Gesetzentwurf der Koalition ist schlicht und ergreifend ein Wahlgeschenk, das kurz vor den Landtagswahlen dem Bürger überreicht werden soll. Das konnte man natürlich so nicht schreiben, also musste man dieses ungereimte Zeug anführen, das ich zitiert habe.

Meine Damen und Herren, Thüringen wird nicht zu einem kinderfreundlichen Land, wenn man einen Feiertag einführt. Und die Koalition kann mit diesem Gesetzentwurf nicht darüber hinwegtäuschen, dass Rot-Rot-Grün für kinderunfreundliche und familienfeindliche Politik steht.

(Beifall AfD)

Wer hat denn das Landeserziehungsgeld abgeschafft? Wer vergrößert das Desaster an unseren Schulen, den Lehrermangel, den Unterrichtsausfall?

(Beifall CDU, AfD)

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist ja ein Witz!)

Wer macht denn Familien unentwegt verächtlich? Wer unterwandert das Erziehungsrecht der Eltern durch Indoktrinationsprogramme an den Schulen?

(Heiterkeit DIE LINKE)

Wer diffamiert Frauen, die sich entscheiden, zu Hause zu bleiben und sich um die Kinder zu kümmern?

(Unruhe DIE LINKE)

Wir alle kennen die Antwort! Es ist diese Koalition. Und so kann dieser Gesetzentwurf einfach nicht überzeugen.

(Abg. Rudy)

(Beifall AfD)

Am Ende bleibt, dass er als durchweg linkspopulistisches Wahlgeschenk der Roten und Grünen gilt.

Es wird nichts nützen, denn die Thüringer lassen sich nicht von einer Truppe bestechen, die seit Jahren eine familien- und kinderfeindliche Politik betreibt. Für diese familien- und kinderfeindliche Politik wird diese Koalition auch die Quittung erhalten.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Zum Beispiel das beitragsfreie Kita-Jahr!)

Im Übrigen haben sich auch schon einige andere Leute gegen diesen Kindertag ausgesprochen, zum Beispiel der Verband der Wirtschaft oder die IHK. Ja, die da viele zusätzliche Kosten – also 72 Millionen Euro Schaden für die Wirtschaft – befürchten. Also da, bei den ganzen negativen Stimmen ist die AfD natürlich dabei und wir werden gegen eine Ausschussüberweisung stimmen. Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Marx:

Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, es gab am Anfang einen Zwischenruf des Kollegen Wolf: „Er spricht wenigstens wie ein Kind“. Dafür muss ich Ihnen eine Rüge erteilen.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Oh, die Präsidentin hört zu!)

(Zwischenruf Abg. König-Preuss, DIE LINKE: Aber Kinder sprechen doch ...!)

Der – hat er doch auch nicht – nächste Redner ist jetzt Kollege Dittes von der Fraktion Die Linke.

Abgeordneter Dittes, DIE LINKE:

Lieber Kollege Fiedler, jetzt ist er gar nicht da, ich wollte mich bei ihm bedanken. Herr Fiedler, ich möchte mich persönlich bei Ihnen für Ihren vergleichsweise sachlichen und fachlich fundierten Oppositionsbeitrag bedanken.

(Unruhe DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE LINKE)

(Beifall CDU)

Anders wäre es nicht möglich gewesen, aber bevor sich – und ich werde auf Ihren Beitrag, Herr Fiedler, hier noch eingehen –

(Zwischenruf Abg. Tischner, CDU: Das ist furchtbar! So etwas von hochnäsig!)

in der Öffentlichkeit ein falscher Eindruck festsetzt: Wie wenig sich die AfD tatsächlich mit diesem Sachthema auseinandergesetzt hat, ist nicht nur an vielen Wertungsteilen der Rede von Herrn Rudy deutlich geworden. Es wird vor allem an einer Sache deutlich, wo er hier tatsächlich tatsachenwidrig Behauptungen darstellt.

Denn es ist nicht richtig, dass heute Bestandteil der Kinderrechtskonvention ist, dass Kinder ab fünfzehn Jahren zu Soldaten werden können. Es ist richtig, dass das in der ursprünglichen Kinder-

(Abg. Dittes)

rechtskonvention stand, aber mehr als 150 Staaten haben sich im Jahr 2001 darauf verständigt, genau diese Altersgrenze zu ändern, weil es eben nicht kindgerecht ist und nicht dem Kinder- und Jugendschutz entspricht, dass Kinder in Kriegen eingesetzt werden.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und sie haben in einem Zusatzprotokoll vereinbart, diese Altersgrenze auf achtzehn Jahre anzuheben und daran wiederum – das muss ich unbedingt sagen – hält sich die Bundesrepublik nur unzureichend, weil es möglich ist, schon als Siebzehnjähriger in die Bundeswehr einzutreten.

Aber ich will mit einem Punkt beginnen, Herr Fiedler: Ich freue mich über Ihren Vorschlag und Ihre Begründung, den Buß- und Betttag wieder als Feiertag einzuführen. Sie haben in der Pressemitteilung geschrieben, „sich mit Versäumnissen und Fehlentscheidungen im persönlichen wie öffentlichen Leben auseinanderzusetzen“. Dafür scheint es ja, wenn ich Ihre Rede richtig verstanden habe, viel Gelegenheit und viel Grund innerhalb der CDU zu geben. Denn Ihre Rede war eine Rede, die Sie bitte auf einem CDU-Parteitag halten, wenn es darum geht, sozialpolitische Positionen der CDU in Richtung Stärkung von Familie, in Richtung von Bekämpfung von Kinderarmut zu verändern.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Da fängt es schon wieder an! Sie zeigen auf die anderen, weil Sie selbst ...)

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will es Ihnen ganz deutlich an zwei oder drei konkreten Beispielen benennen. Diese Koalition hat das beitragsfreie Kita-Jahr zur Entlastung von Familien geschaffen. Das hat sie als bildungspolitische Maßnahme geschaffen,

(Unruhe CDU)

nämlich tatsächlich Bildung für Kinder und Jugendliche,

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: ... Das ist ja unglaublich!)

für die Voraussetzung, sich ihren Kompetenzen und Möglichkeiten entsprechend im Leben zu verwirklichen, kostenfrei zu gestalten. Dagegen haben Sie moniert, dagegen haben Sie hier gestimmt, dagegen haben Sie gewettert und sagen, das ist eben keine Maßnahme. Und wenn Sie dann darüber sprechen, dass man eigentlich Familien und Kinder stärken sollte, gerade auf Bundesebene, dann sollten Sie auch dazu sagen, wie genau diese Umverteilung in Richtung Kinder und Familie in der Bundesrepublik stattfinden muss.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber wenn ich dann in den Koalitionsvertrag der Großen Koalition hinschaue: Kein Wort zu einer Reform hin zu einer gerechten Steuerpolitik. Auch die Rentengerechtigkeit wird durch sie nicht hergestellt, was insbesondere für Frauen, die Familien Erziehungsarbeit geleistet haben,

(Unruhe CDU)

(Zwischenruf Werner, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie: Die Regelsätze werden nicht angehoben!)

(Abg. Dittes)

Altersarmut bedeutet. In all diesen Punkten ist Ihre Partei die Partei, die im Prinzip dazu führt, dass wir heute auch darüber reden müssen, wie wir Familien- und Erziehungsarbeit und auch die Zeit mit Kindern stärker honorieren.

Wenn Sie dann noch sagen, der Buß- und Betttag wäre ein geeignetes Instrumentarium, das zu tun, Herr Fiedler, dann will ich Ihnen mal sagen, wer den Buß- und Betttag bezahlt: Nämlich alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die in die sozialen Versicherungssysteme einzahlen, nicht Sie, nicht ich,

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Das weiß ich doch!)

weil die Einführung des Buß- und Bettages entsprechend SGB XI § 58 zur Folge hätte, dass die Pflegeversicherungsbeiträge steigen. Das kann doch nicht Ihr Ernst sein, das hier vorne als familienpolitische Maßnahme zu verkaufen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was mich insbesondere bei der Debatte ärgert – da komme ich zu diesen Punkten, die ich vorhin angekündigt habe, wirtschaftliche Folgen und die Diskussion um das Wahlgeschenk –: Wenn Sie immer von der Wirtschaft reden, davon reden, dass wir darüber diskutieren müssen, welche Folgen ein Feiertag für die Wirtschaft hat, dann ärgert mich besonders, dass Sie im Kopf haben, wenn Sie über Wirtschaft reden, wir reden über die Interessen von Unternehmen. Nun habe ich auch Volkswirtschaft studiert und ich sage Ihnen, Wirtschaft ist tatsächlich mehr als nur die Unternehmen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wirtschaft sind auf der einen Seite die Produzenten, die Konsumenten, die Arbeitgeber, die Arbeitnehmer und es ist auch der öffentliche Sektor. All das ist Wirtschaft. Da sieht das Stimmungsbild in der Öffentlichkeit durchaus schon mal anders aus. Die Vertreter der Unternehmen – ich werde das auch noch bewerten – kritisieren den Feiertag. Aber viele andere Akteure, die auch Teil der Volkswirtschaft sind, begrüßen diesen Feiertag. Ich will da beispielsweise an die Umfragen im MDR und auch bei THÜRINGEN24 erinnern, wo 80 Prozent in etwa diesen Feiertag begrüßen und sagen, das wäre eine Maßnahme, tatsächlich Gerechtigkeit herzustellen.

Natürlich bestreiten wir nicht, dass ein Feiertag Auswirkungen auf die Wirtschaft hat. Nur müssen wir auf die Auswirkungen mal schauen. Welche Auswirkungen sind das? Sie diskutieren in diesem Zusammenhang immer damit, es wird ein Arbeitstag wegfallen, damit wäre Arbeitsleistung, die wegfällt, verbunden, damit wäre ein Rückgang der Produktivität verbunden. Ich will Ihnen mal sagen, jedes Schaltjahr hat einen größeren Einfluss auf die Anzahl der Arbeitstage als dieser zusätzliche Feiertag.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Geibert, CDU: Das ist eine Milchmädchenrechnung!)

Ja, Herr Geibert, ich will es Ihnen auch mal konkret machen. Im Jahr 2019 hat Thüringen

(Unruhe CDU)

(Abg. Dittes)

ohne diesen zusätzlichen Feiertag – Herr Geibert, hören Sie doch zu, dann können Sie bewerten, ob die Rechnung stimmt. Im Jahr 2019 hat Thüringen – Sie haben ja die Rechnung noch gar nicht gehört, Herr Geibert, aber das ist ja offensichtlich Ihr Problem. Im Jahr 2019 hat Thüringen ohne diesen zusätzlichen Feiertag 251 Arbeitstage. Im Jahr 2020 hat Thüringen ohne diesen zusätzlichen Feiertag bereits 255 Arbeitstage, im Jahr 2021 sind es sogar 256 Tage, das heißt 5 Tage, die an Mehrarbeit im Vergleich 2021 zu 2019 zu Buche stehen. Dann frage ich Sie: Welches Unternehmen, welcher Wirtschaftsverband und welcher Kollege aus Ihrer Fraktion fordert, in diesen Jahren etwas von dieser Mehrarbeitsleistung den Menschen in diesem Land zurückzugeben, denn nach Ihrer Rechnung würden dadurch nämlich 350 Millionen Euro zusätzlich durch die Werk tätigen, Beschäftigten für die Wirtschaft erwirtschaftet werden, wenn Sie die Rechnung hier umgekehrt aufmachen, dass 70 Millionen Euro verloren gehen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Unruhe CDU)

Was Sie dabei aber auch nicht berücksichtigen, ist die tatsächliche Entwicklung in dieser Zeit. Dann will ich es Ihnen auch mal deutlich sagen: Wir haben einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von 2016 auf 2017 um 3,7 Prozent.

(Zwischenruf Abg. Geibert, CDU: Und das trotz der Linken!)

In derselben Zeit sind die Reallöhne um weniger als 1 Prozent gestiegen. Wenn Sie einzelne Sektoren herausnehmen, haben in dieser Zeit sogar einzelne Bedienstete und Beschäftigte einen tatsächlichen Reallohnverlust erlitten. Ich glaube, wenn wir darüber diskutieren, welche Folgen ein Feiertag für die Wirtschaft hat, dann müssen wir auch darüber diskutieren – wie im Übrigen die CDU in Hamburg deutlich in der Parlamentsrede ausgeführt hat –, die Menschen in diesem Land haben diesen zusätzlichen Feiertag in den letzten Jahren durch zusätzliche Arbeitsleistung,

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

durch angestiegene Produktivität

(Zwischenruf Abg. Geibert, CDU: Hamburg hat weniger Feiertage als wir!)

und durch eine nicht gleichlaufende Lohnentwicklung bereits erwirtschaftet und erarbeitet.

Dann sagen Sie, es wäre keine Gerechtigkeit darüber herzustellen? Dann sage ich, wir haben auch eine Verantwortung als Thüringer Gesetzgeber über die Vollendung der Deutschen Einheit zu diskutieren, ganz speziell aus Thüringer Sicht.

(Zwischenruf Abg. Geibert, CDU: Na wunderbar!)

Die Thüringer Arbeitnehmer sind die Arbeitnehmer in der Bundesrepublik, die nicht allein wegen des fehlenden Feiertags – aber eben auch deshalb – 110 Arbeitsstunden im Jahr mehr arbeiten als die Bediensteten und Beschäftigten und Werk tätigen in Nordrhein-Westfalen. Das sind vier Arbeitswochen, vier Arbeitswochen Mehrarbeit, die in Thüringen geliefert wird.

(Zwischenruf Abg. Geibert, CDU: Weniger?)

(Abg. Dittes)

Davon geben wir ihnen jetzt praktisch acht Stunden im Jahr zurück. Und wer das als unverhältnismäßig bezeichnet, der hat ja wohl einen Triller unterm Pony.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage Ihnen noch etwas, wenn Sie von einseitiger Belastung der Wirtschaft sprechen: Reden wir in diesem Land doch mal über die unbezahlten Überstunden, die viele Ältere leisten. Allein in der Bundesrepublik Deutschland werden fast 1 Milliarde Überstunden nicht bezahlt. Wenn Sie das jetzt mal auf Thüringen herunterrechnen, entsprechend des Anteils des Bruttoinlandsprodukts, den Thüringen erwirtschaftet – man kann das auch noch viel detaillierter ausführen –, dann kommen Sie dazu, dass die Bediensteten und Beschäftigten den Unternehmen jedes Jahr zusätzlich eine Arbeitsleistung in Höhe von ungefähr 370 Millionen Euro geben, ohne dafür entlohnt zu werden.

Ich glaube, wenn wir im Zusammenhang mit einem Feiertag über Gerechtigkeit und über wirtschaftliche Folgen reden, dann müssen wir auch über unbezahlte Überstunden, dann müssen wir über Mehrarbeit, dann müssen wir über ungerechte Verteilung von Arbeitsbelastung in diesem Land reden.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Heym, CDU: Das ist ja lächerlich! Das ist ja so ein Schwachsinn, was der da vorn erzählt!)

(Unruhe DIE LINKE)

– Ich wünschte ja, dass Sie das, Herr Heym, auch innerhalb Ihrer Partei mal thematisieren, denn wir sind hier nicht die einzigen in diesem Jahr, die über einen zusätzlichen Feiertag reden:

(Zwischenruf Abg. Heym, CDU: Das stimmt!)

Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hamburg, Bremen – und wissen Sie, welche Partei immer wieder zugestimmt hat und diese Gesetzentwürfe sogar selbst eingebracht hat? Es war die CDU, die in all diesen Ländern Mitinitiator war oder zumindest den Gesetzentwurf unterstützt hat.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will Ihnen mal – für Herrn Mohring ist er ja gut bekannt – ein Zitat des CDU-Fraktionschefs aus Bremen, Herrn Röwekamp, mit auf den Weg geben: „Die Bremerinnen und Bremer haben diesen weiteren Feiertag verdient, denn sie arbeiten garantiert nicht weniger hart als die Menschen in Bayern, wo es sogar 13 bzw. 14 Feiertage gibt.“

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Diskussion sollten Sie tatsächlich mal in Ihrer Partei führen. Ich denke, man kann noch vieles aus dieser Rede von Herrn Röwekamp anführen, was hier auch berechtigt ist, weil er auch sagt, dass man sich der Frage zuwenden muss, wenn immer wieder von Wirtschaftsverbänden diskutiert wird, dass ein Feiertag der Produktivität entgegensteht: Welche Bundesländer in der Bundesrepublik verzeichnen die höchste Produktivität, und welche Bundesländer in der Bundesrepublik haben die meisten Feiertage? Es sind nämlich dieselben Bundesländer: Baden-Württemberg und Bayern.

(Abg. Dittes)

Meine Damen und Herren, natürlich will ich mich auch dazu äußern, warum der 1. Juni – einiges wurde von Frau Pelke schon gesagt: Der 1. Juni hat eine große Tradition in den neuen Bundesländern, er hat eine große Tradition in den osteuropäischen, ehemals sozialistischen Ländern, übrigens auch in der Türkei. Er hat auch eine große Tradition, die dazu führte, dass in Kindergärten, Schulen Feste stattfinden und die wird es auch in Zukunft geben. Daran wird dieser Feiertag am 20. September überhaupt nichts ändern.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will natürlich nicht verhehlen, dass wir als Linke auch den 1. Juni vorgeschlagen haben. Natürlich lebt so eine Koalition auch von Kompromissen, das ist für uns sicherlich ein Argument. Aber ich will Sie praktisch noch mal in diese Überlegung mitnehmen, wenn Sie gerade in dem Zusammenhang zwischen Feiertag und Auswirkungen auf die Wirtschaft, auf das gesellschaftliche Leben, diskutieren. Einen Aspekt der Traditionsfeste habe ich bereits genannt.

Ich will Ihnen aber auch mitgeben – und das ist tatsächlich verantwortungsvolle Politik –, dass man darüber redet und abwägt, dass in den Monaten April, Mai, Juni tatsächlich bereits fünf Feiertage liegen. In den Monaten von August bis November haben wir zwei Feiertage. Das heißt, wir hätten, wenn wir in dieser Situation tatsächlich einen sechsten Feiertag in den Monat Juni gelegt hätten, durchaus noch mal eine ganz andere Diskussion, was Belastung von Unternehmen, was Belastung von gesellschaftlichem Leben anbelangt. Da muss es letztendlich eine Abwägung geben, die wir vorgenommen haben.

Wir glauben, dass es nicht nur darum geht, praktisch Traditionen an sich durch einen Feiertag zu stärken. Auch mit einem 20. September haben sich – das wurde dargestellt – in Thüringen schon Traditionen entwickelt, sondern das ist auch ein politischer Anlass, der seit 1954 besteht, nämlich der internationale ---

(Zwischenruf Abg. Heym, CDU: Das ist eure Angst vor dem Absaufen nächstes Jahr im Herbst!)

– Ich sage gleich etwas dazu, Herr Heym, seien Sie ganz ruhig. Ich sage Ihnen gleich noch etwas dazu.

(Unruhe SPD)

Es ist nämlich ein internationaler Anlass, nämlich ein Weltkindertag, der weltweit begangen wird. Weil wir eben nicht unsere Augen verschließen können, dass es Kinderarmut und möglicherweise die Benachteiligung von Kinderrechten nur vor unserer eigenen Haustür gibt,

Vizepräsidentin Marx:

Herr Kollege Dittes, gestatten Sie eine Zwischenfrage vom Kollegen Wirkner?

Abgeordneter Dittes, DIE LINKE:

sondern, dass wir das auch letztendlich international denken müssen und diesen Kontext tatsächlich herstellen. Gern, Herr Wirkner, bitte.

Vizepräsidentin Marx:

Herr Wirkner, bitte.

Abgeordneter Wirkner, CDU:

Herr Dittes, ich möchte etwas zur Versachlichung der ganzen Problematik beitragen. Mir fehlt es im Wesentlichen in Ihren Ausführungen,

(Heiterkeit DIE LINKE)

dass Sie mal auf die Auswirkungen eines gesetzlichen Feiertages eingehen, nicht nur auf die Wirtschaft. Bedenken Sie bitte, dass es Krankenhäuser gibt, Pflegeheime gibt und andere Einrichtungen, die – egal ob Feiertag ist oder nicht – immer für die Menschen da sein müssen. Ich hätte jetzt die Frage: Was glauben Sie, welche Auswirkungen das auf solche Einrichtungen hat, die jetzt schon um Arbeitskräfte bangen und ringen, wenn ein zusätzlicher Feiertag dazu führt, dass man zusätzliches Personal einstellen muss, um das auszugleichen?

(Zwischenruf Abg. Kalich, DIE LINKE: Das führt zu Feiertagszuschlägen!)

Abgeordneter Dittes, DIE LINKE:

Erstens sollten Sie den Blick tatsächlich noch einmal in die Bundesländer richten, in denen derzeit vier Tage mehr an Feiertagen im Jahr verankert sind, ob die Effekte, die Sie gerade versuchen zu beschreiben, tatsächlich eingetreten sind.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Prof. Dr. Voigt, CDU: Welche Bundesländer sollen das sein?)

Was dazu führt, wenn wir einen neuen Feiertag einführen, ist doch ... Wenn Sie mir eine Frage stellen, wollen Sie die Antwort hören oder nicht?

(Unruhe CDU)

Wollen Sie die Antwort hören oder nicht? Herr Wirkner, ich gebe Sie Ihnen.

(Zwischenruf Abg. Zippel, CDU: Belegen Sie es doch mal, Herr Dittes, belegen Sie es!)

Es wird natürlich die Folge haben, dass auch an einem solchen Tag viele Bereiche, sehr viel mehr als Sie aufgeführt haben, noch sichern müssen, dass die Arbeit bewerkstelligt wird – die Polizei, die Feuerwehr, Krankenhäuser. Es wird natürlich auch Angebote geben, wo Selbstständige tatsächlich auch Freizeitleistungen anbieten. Auf der anderen Seite führt das aber auch dazu – und das ist eben das Äquivalent zur Arbeitszeitverkürzung, die wir hier als sozialpolitische Maßnahmen mit vornehmen –, dass die Menschen, die an einem solchen Tag arbeiten, ihre Mehrarbeit, ihre zusätzliche an einem Feiertag auch entlohnt bekommen. Auch das ist der sozialpolitische Ausgleich, den ich vorhin beschrieben habe,

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

weil eben nicht die Entwicklung auf dem Arbeitsmarktsektor einhergeht mit einer Lohnentwicklung im gleichen Maße. Deswegen glaube ich, dass das vertretbar ist. Die Antwort kann doch nicht sein,

(Abg. Dittes)

dass wir im Prinzip jeden Tag zum Werktag machen, weil es damit leichter wäre, Beschäftigte zu bekommen. Wie würden wir denn dann zukünftig über den Sonntag beispielsweise reden? Ich glaube, Ihr Argument ist da nicht stichhaltig.

Jetzt will ich Ihnen aber auch noch eines sagen – jetzt ist er heraus, der Herr Heym – zum Wahlgeschenk, zum Vorwurf des Wahlgeschenkes und wir würden das allein aus diesem Grund machen. Was ich nie verstehe – so eine Legislaturperiode hat fünf Jahre und wir haben die Verantwortung bis zum letzten Tag, all das Bestmögliche für dieses Land und für die hier lebenden Menschen zu tun –, ist der mediale Reflex, bei der Opposition verstehe ich das schon eher, dass alles, was im letzten Jahr an positiver

(Beifall DIE LINKE)

Entwicklung vorangebracht wird, praktisch den Vorwurf erfahren muss, es würde sich um Wahlgeschenke handeln. Nein, es handelt sich um ordentliche parlamentarische Arbeit, eben nicht ein Jahr vor der Wahl die Arbeit einzustellen. Aber unabhängig vom Zeitpunkt einer Entscheidung

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

ist doch das Motiv und die Folge das Entscheidende, womit wir einen Gesetzentwurf tatsächlich zu bewerten haben. Es gibt in der Tat Wahlgeschenke, Herr Fiedler, die belasten nachfolgende Generationen und engen vor allem auch Handlungsräume in der Zukunft ein.

(Beifall SPD)

Jetzt will ich Sie mal an den 1. Mai 2004 erinnern. Es war nachmittags in der Vereinsbrauerei in Apolda. Da verkündete Ihre Partei die Abschaffung der Wasserbeiträge und die Privilegierung bei den Abwasserbeiträgen. Das kostet das Land 1,5 Milliarden Euro und hat keines der Probleme im öffentlichen Bereich, bei der öffentlichen

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Daseinsvorsorge gelöst. Das ist ein klassisches Wahlgeschenk.

Jetzt habe ich Ihnen den Unterschied zu unserem Gesetzentwurf, warum es kein Wahlgeschenk ist, erklärt. Mit diesem zusätzlichen Feiertag, mit dem Gesetzentwurf nehmen wir gerade – das, was Sie 2004 wirklich straffällig aus dem Blick verloren haben – die nachfolgenden Generationen in den Blick. Wir nehmen Artikel 6 des Grundgesetzes ernst, nämlich den Schutz von Familie. Wir greifen die Debatte um soziale und politische Kinderrechte auf, wir thematisieren

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Nachhaltig sieht aber anders aus!)

auch die Rolle von Arbeit im Verhältnis zum sozialen Zusammenleben von Familien und Eltern mit ihren Kindern. Wir schaffen mit diesem Feiertag ein Stück weit mehr Annäherung an gleichwertige Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik. Wir schaffen mit diesem Feiertag einen Ausgleich zwischen Arbeitszeit und Produktivitätsentwicklung, die eben nicht mit der Lohnentwicklung in den vergangenen Jahren einherging. Wir würdigen mit diesem Feiertag Kinder, wir würdigen vor allem auch die Zeit mit Kindern und der Feiertag drückt die Wertschätzung des Gesetzgebers aus für die Kinder und Menschen, die sich für Kinder einsetzen, für deren Rechte und sozialen Belange engagieren und aufopfern und wir drücken auch unsere Wertschätzung aus, die diese Menschen in ei-

(Abg. Dittes)

ner sozialen Gesellschaft verdient haben. Das alles kann man natürlich als populär und als Wahlgeschenk bezeichnen, das steht Ihnen zu im Rahmen des Artikel 5 Grundgesetz. Wir nennen es einfach gute Politik. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Unruhe CDU)

Vizepräsidentin Marx:

Wortmeldungen aus den Reihen der Abgeordneten liegen mir jetzt nicht mehr vor. Dann erteile ich dem Staatssekretär aus dem Ministerium für Inneres und Kommunales, Herrn Höhn, das Wort.

Höhn, Staatssekretär:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, auch zur Erklärung für unsere Zuschauerinnen und Zuschauer auf der Tribüne: Wir haben jetzt über das Gesetz über die Einführung des Weltkindertages als gesetzlichen Feiertag in erster Linie familien- und sozialpolitisch diskutiert. Das ist vollkommen in Ordnung. Aber für Feiertage ist nun mal das Innenministerium zuständig und deswegen stehe ich hier und nicht die Frau Kollegin Sozialministerin. Das vielleicht nur zur Erklärung. Ich muss auch ehrlich gestehen, ich bin noch ganz beeindruckt von dem sozial- und familienpolitischen Vortrag vom Kollegen Fiedler. Der hat mir im Übrigen gut gefallen, besser als der heute zum ersten Tagesordnungspunkt. Auch das möchte ich an dieser Stelle sagen.

(Heiterkeit DIE LINKE)

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Was dir gefällt oder nicht gefällt, steht dir als Mitglied der Landesregierung gar nicht zu, zu sagen!)

Ihr Beitrag, Herr Kollege, hatte wirklich Substanz.

(Unruhe CDU)

Der Landtag darf sich natürlich auch von der rechtlichen Seite her betrachtet diesem Thema widmen, weil es nun mal Angelegenheit der Landtage ist, für Feiertage in den Ländern zu sorgen. Und deswegen haben wir heute hier einen Antrag der Koalitionsfraktionen vorliegen.

Meine Damen und Herren, um mal in dem Bild der hier nun schon mehrfach von verschiedenen Rednern zitierten Wirtschaftsaspekte zu bleiben: Es geht hier um eine Investition, zwar nicht in erster Linie mit Geld, sondern mit einem noch wertvolleren Gut, nämlich mit Zeit, Zeit für unsere Kinder.

(Beifall DIE LINKE)

Sie sind die Zukunft, unsere Zukunft und durch diesen Feiertag wird ein Tag im Zeichen und zum Wohle unserer Kinder begangen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Staatssekretär Höhn)

Deshalb wird das Vorhaben der Koalitionsfraktionen, meine Damen und Herren, zur Einführung eines Feiertags in diesem Sinne ausdrücklich und voll und ganz unterstützt.

Ich möchte gern den Moment nutzen, auch das haben verschiedene Redner schon getan, um auch auf die europäische Dimension des in den Blick genommen neuen Feiertags hinzuweisen. In der Charta der Grundrechte der Europäischen Union, die durch den Vertrag von Lissabon denselben rechtlichen Status wie die EU-Verträge erhalten hat, werden die EU und ihre Mitgliedsstaaten dazu verpflichtet, die in ihr enthaltenen Rechte zu schützen. Und diese Charta enthält in Artikel 24 eine ganz spezielle Bestimmung zu den Rechten des Kindes und der Kinder. So wird das Wohl des Kindes als vorrangige Erwägung bei allen Maßnahmen öffentlicher Stellen und privater Einrichtungen angesehen, die Kinder betreffen.

Zugleich enthält auch der Vertrag über die Europäische Union selbst in Artikel 3 Abs. 2 und 5 grundlegende Zielbestimmungen der Europäischen Union im Hinblick auf den Schutz der Rechte des Kindes. Ebenso zeigen bereits die Leitlinien der EU zur Förderung und zur Wahrung der Rechte des Kindes von 2007, welche 2017 überarbeitet wurden, welche Bedeutung für die Entwicklung der rechtlichen Grundlagen und der Politik diesem wichtigen Thema seitens der EU beigemessen wurde und nach wie vor wird.

All diesen Regelungen ist es gemeinsam, dass sie die besondere Schutzbedürftigkeit von Kindern herausstellen und gewährleisten. Darüber hinaus heben sie die Bedeutung des Kindes für die Zukunft jeder menschlichen Gemeinschaft hervor und verknüpfen dies mit dem Ziel der Solidarität zwischen den Generationen.

Meine Damen und Herren, es sprechen also auch unter Berücksichtigung der europäischen Ebene viele herausragende Gründe dafür, einen gesetzlichen Feiertag zu schaffen, der Kinder in den Mittelpunkt stellt. Dabei ist klar, dass ein Tag allein nicht den Kinderrechten gerecht werden kann. Er kann jedoch eines: Er kann in Erinnerung rufen, welche Bedeutung Kinder für unsere Gesellschaft haben. Er kann Überlegungen in Gang setzen und zu Diskussionen anregen, etwa wie Kinder verstärkt in die Lage versetzt werden können, sich auf lokaler, nationaler, regionaler und internationaler Ebene an Entscheidungen, Entwicklungen, die sie selbst betreffen, zu beteiligen. Er kann zum Nachdenken und zum Prüfen anregen, ob und inwieweit sichergestellt werden kann, dass politische Strategien oder Maßnahmen, egal in welchem Bereich, die Rechte der Kinder nicht verletzen. Und er kann gewährleisten, dafür Sorge zu tragen, kinderfreundliche Verfahren zu entwickeln und Auswirkungen von Regelungen auf Kinder sowie kinderspezifische Aspekte bei Folgenabschätzungen und Bewertungen mit zu berücksichtigen. Dies alles gilt neben den mit dem Feiertag verbundenen, unmittelbaren, schon mehrfach hier heute beschriebenen, positiven Auswirkungen wie dem familiären Zusammenhalt und der Widmung eines ganzen Tages, dem Kinde.

Meine Damen und Herren, es sollte uns auch nicht davon abhalten, diesen Weg zu gehen, weil wir derzeit das einzige Land sind – sich in dieser Weise den Rechten und dem Wohle des Kindes zu widmen.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

(Staatssekretär Höhn)

Manchmal bedarf es eben eines Impulses, um einen neuen Weg zu gehen. Diesen setzen die Regierungsfractionen mit der Schaffung des Weltkindertages als gesetzlichem Feiertag in Thüringen um. Möglicherweise, ich hoffe es jedenfalls, wird dadurch eine Signalwirkung erreicht, wenn andere Länder dem Beispiel Thüringens folgen.

(Beifall DIE LINKE)

Aber auf jeden Fall, davon bin ich überzeugt, wird eine Diskussion darüber einsetzen. Die Diskussion wird nicht nur das Für und das Wider dieses Feiertags umfassen, sondern sie wird auch auf das eingehen, wofür dieser Tag steht: Für unsere Kinder. Herzlichen Dank!

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marx:

Vielen Dank. Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Es ist zwar nicht ausdrücklich gesagt worden, aber ich nehme an, es soll eine Ausschussüberweisung an den Innen- und Kommunalausschuss erfolgen?

(Zwischenruf Abg. Blechschmidt, DIE LINKE: Und AfMJV!)

Und auch mitberatend an den Ausschuss für Migration, Justiz und Verbraucherschutz

(Zwischenruf Abg. Pelke, SPD: Sozialausschuss!)

sowie an den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Gesundheit, also drei Ausschüsse. Dann stimmen wir in der Reihenfolge der Anmeldungen ab.

Wir stimmen zunächst über die Überweisung an den Innen- und Kommunalausschuss ab. Wer dieser Ausschussüberweisung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer ist dagegen? Das sind die CDU- und die AfD-Fraktion. Wer enthält sich der Stimme? Der fraktionslose Abgeordnete Krumpe. Damit ist die Ausschussüberweisung an den Innen- und Kommunalausschuss beschlossen.

Die weitere Ausschussüberweisung zur Mitberatung an den Ausschuss für Migration, Justiz und Verbraucherschutz – wer dieser Überweisung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind wiederum die Koalitionsfraktionen. Wer stimmt gegen diese Ausschussüberweisung? Die CDU- und die AfD-Fraktion. Wer enthält sich? Erneut der fraktionslose Abgeordnete Krumpe.

Als Drittes war die Überweisung an den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Gesundheit beantragt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind erneut die Koalitionsfraktionen. Wer stimmt dagegen? Dagegen sind die Fraktionen der CDU und der AfD. Herr Krumpe enthält sich? Enthaltung des Fraktionslosen.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Fehlt noch Gleichstellung, habt ihr gar nicht beantragt!)

– Der Antrag ist nicht gestellt, Herr Kollege Fiedler. Wollen Sie ihn noch stellen? Das ist nicht der Fall. Gut.

Dann haben wir drei Ausschussüberweisungen beschlossen. Ich nehme an, die Federführung durch den Innen- und Kommunalausschuss? Dann lasse ich darüber noch abstimmen. Wer dieser

(Vizepräsidentin Marx)

Federführung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Koalitionsfraktionen. Gegenstimmen? Die Fraktionen von CDU und AfD. Enthaltungen? Der fraktionslose Abgeordnete Krumpe. Damit ist die Beratung für heute beendet und ich schließe auch diesen Tagesordnungspunkt.